



Ist unser Nationalbank-Gold bedroht?

Fünzig Milliarden jeden Monat: So viel kostet die realitätsfremde Anbindung des Schweizer Frankens an den offensichtlich marktuntauglichen Euro.

Ein Ende ist nicht absehbar. Doch den Euro im schweizerischen Alleingang retten zu wollen, ist Illusion. Viel eher werden der Franken und die Schweiz ruiniert.

Vertragsbruch noch und noch

Die **Überschuldungskrise** verschärft sich. Alle – in Verträgen beschworenen – **Versprechungen** an die Völker, der Euro bleibe stabil, wurden **skrupellos gebrochen**. Die Bürgerinnen und Bürger, bezüglich Euro von aller Mitsprache radikal ausgeschlossen, müssen ohnmächtig hinnehmen, wie sich die **Stabilitäts-Versprechen in Luft auflösen**. Die milliardenschweren, alle Vermögen bedrohenden Folgen der laufenden, längst kriminelles Ausmass annehmenden Vertragsbrüche aber haben die **Steuerzahler**, sofern sie Vermögen besitzen, allein zu schultern.

Statt dass die Verursacher, die kriminellen **Vertragsbrecher** zur Rechenschaft gezogen werden, pressen die Vertragsbrecher ihre **Opfer** buchstäblich bis aufs letzte Hemd aus. Nicht die Vertragsbrecher, ihre Opfer werden kriminalisiert.

Wer ehrlich erspartes Vermögen vor dem räuberischen Zugriff der Vertragsbrecher **retten** will, wird von vorneherein zum **Verbrecher** gestempelt – vor jeder rechtsstaatlichen Untersuchung. Wer sein eigenes Vermögen vor dem Zugriff der Schuldenmacher gar ins sicherere **Ausland** zu retten versucht, wird – ohne jedes Verfahren – pauschal zum **Schwerverbrecher** gestempelt.

Während Menschenrechtsorganisationen aufheulen, wenn ein auf frischer Tat gefasster Vergewaltiger nicht als «mutmasslich» und höchstens nur mit Initialen genannt wird, werden ehrliche Sparer mit voller Namensnennung

und Bild, aller Persönlichkeitsrechte beraubt, **öffentlich blossgestellt**.

Nachverhandlungen?

Deutschland verlangte von der Schweiz einen **Vertrag**, der zum voraus pauschal als schuldig Erklärte den deutschen Behörden überantworten sollte. Die Schweiz brach, aller rechtsstaatlichen Überzeugung zuwider, ein und lieferte willfährig, was Deutschland wollte. Doch Deutschland **klaut weiter Daten**, bedient sich als **Hehler** weiterhin krimineller Datenräuber. Und verlangt jetzt «Nachverhandlungen». Nachverhandlungen mit Räubern und Hehlern? **Das kommt doch nicht in Frage!**

Aber der Bundesrat wird erneut nachgeben, wie er vor den EU- und US-Gewaltigen immer nachgegeben hat. Will Deutschland «bessere Verträge»? Keine Spur! Deutschland will das **Geld** der Banken, will **alles, was die Schweiz besitzt**, wird letztlich auch das **Schweizer Nationalbank-Gold** einfordern. Der Bundesrat – katastrophal anfängerhaft verhandelnd – wird nach innen entrüstetes Nein markieren, in Berlin aber nachgeben, wie immer – die Schweiz mit beschönigenden, oft unwahren Ausreden abweisend. Wie bei der Auslieferung von Kundendaten und von Bankmitarbeiter-Namen an die USA. So wird er dereinst auch seine Gefügigkeit bezüglich des Nationalbank-Goldes verschleiern.

Doch: Wer einmal lügt...

Es gibt nur ein Mittel, solche Ausplünderung der Schweiz zu verhindern: Die **Gold-Initiative**. Die Unterschriften-Sammlung ist in vollem Gang. Es ist das Gebot der Stunde, sie zügig abzuschliessen.

Ulrich Schlür